

Geschäftsverzeichnismrn. 7142 und 7143

Entscheid Nr. 120/2020
vom 24. September 2020

ENTSCHEIDSAUSZUG

In Sachen: Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf die Artikel 285 und 288 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 11. April 2014 « zur Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter in dem von der Französischen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Grundschul- und Sekundarschulwesen », gestellt vom Staatsrat.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten F. Daoût und A. Alen, und den Richtern T. Merckx-Van Goey, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman und M. Pâques, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten F. Daoût,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*

* *

I. *Gegenstand der Vorabentscheidungsfragen und Verfahren*

In zwei Entscheiden Nrn. 243.839 und 243.838 vom 28. Februar 2019, deren Ausfertigungen am 14. und 15. März 2019 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen sind, hat der Staatsrat folgende Vorabentscheidungsfrage gestellt:

« Verstoßen die Artikel 285 und 288 des Dekrets vom 11. April 2014 zur Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter in dem von der Französischen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Grundschul- und Sekundarschulwesen gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, indem sie es den vorrangigen zeitweiligen Personalmitgliedern im Sinne von Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des subventionierten Personals des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens, die am Tag vor dem Inkrafttreten des genannten Dekrets über einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder über einen ausreichenden Befähigungsnachweis A verfügen, erlauben, die Möglichkeit, ernannt zu werden, definitiv eingestellt zu werden, sowie in der Eigenschaft als vorrangiges zeitweiliges oder geschütztes Personalmitglied angestellt zu werden, unter den vor dem Inkrafttreten des Dekrets (1. September 2016) geltenden statutarischen Bedingungen beizubehalten, insbesondere indem sie es somit ermöglichen, dass für die laufenden Anstellungen für das Jahr 2016-2017 die Lehrkräfte des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens, die Inhaber eines Diploms eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (AESS - ‘ agrégé de l’enseignement secondaire supérieur ’) in der Abteilung Leibeserziehung sind, und die Lehrkräfte des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens, die Inhaber eines Diploms eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (AESI - ‘ agrégé de l’enseignement secondaire inférieur ’) in der Abteilung Leibeserziehung sind, für die Zuweisung der allgemeinbildenden Fächer der Leibeserziehung in der Oberstufe des Sekundarunterrichts weiterhin gleich behandelt werden? ».

Diese unter den Nummern 7142 und 7143 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

(...)

III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Die Vorabentscheidungsfragen, die identisch sind, beziehen sich auf die Artikel 285 und 288 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 11. April 2014 « zur Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter in dem von der Französischen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Grundschul- und Sekundarschulwesen » (nachstehend: Dekret vom 11. April 2014).

B.2.1. Durch das Dekret vom 11. April 2014 wird eine « seit über 40 Jahren angekündigte » Reform vorgenommen, die zur « Schaffung einer einheitlichen Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter, die den Vorrang der erforderlichen Befähigungsnachweise vor den ausreichenden Befähigungsnachweise und [die] Schaffung einer Regelung der Befähigungsnachweise im Fall von Lehrermangel » führt (*Parl. Dok.*, Parlament der Französischen Gemeinschaft, 2013-2014, Nr. 632/1, S. 9).

In Anbetracht « des Ausmaßes der Reform und ihrer zahlreichen Auswirkungen » wurde im Dekret vom 11. April 2014 ein « umfangreiches Kapitel über Übergangsbestimmungen » (ebenda, S. 15) vorgesehen.

Die fraglichen Bestimmungen sind in Abschnitt III (« Vorrangige/geschützte zeitweilige oder nicht vorrangige zeitweilige Personalmitglieder, denen das im vorliegenden Abschnitt festgelegte Dienstalter in Höhe eines teilzeitigen oder vollzeitigen Lehrauftrags angerechnet wird ») von Kapitel II (« Übergangsbestimmungen ») des Titels III (« Abänderungs-, Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen ») des Dekrets vom 11. April 2014 enthalten.

B.2.2. Artikel 285 des Dekrets vom 11. April 2014 bestimmt:

« Les membres du personnel, titulaires d'une charge partielle ou complète, visés par la présente section sont les suivants :

[...]

3° les membres du personnel temporaires prioritaires au sens de l'article 24 du décret du 6 juin 1994 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement officiel subventionné disposant d'un titre requis ou d'un titre suffisant A à la veille de l'entrée en vigueur du présent décret;

[...] ».

In seiner ursprünglichen Fassung, vor seiner Abänderung durch das Dekret vom 14. März 2018, bestimmte Artikel 288 des Dekrets vom 11. April 2014:

« Les membres du personnel visés à la présente section conservent la possibilité d'être nommés, engagés à titre définitif ainsi que désignés en qualité de temporaires prioritaires ou protégés dans les conditions statutaires prévalant avant l'entrée en vigueur du présent décret ».

Aufgrund seines Artikels 294 ist das Dekret vom 11. April 2014 am 1. September 2016 in Kraft getreten.

B.3. Der Gerichtshof wird zur Vereinbarkeit der in Rede stehenden Bestimmungen mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung befragt, insofern sie es den vorrangigen zeitweiligen Personalmitgliedern im Sinne von Artikel 24 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 6. Juni 1994 « zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens » (nachstehend: Dekret vom 6. Juni 1994), die am Tag vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 über einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder über einen ausreichenden Befähigungsnachweis A verfügen, erlauben, die Möglichkeit, unter den vor dem Inkrafttreten - am 1. September 2016 - des Dekrets vom 11. April 2014 geltenden statutarischen Bedingungen ernannt zu werden, endgültig eingestellt zu werden sowie in der Eigenschaft als vorrangiges oder geschütztes zeitweiliges Personalmitglied angestellt zu werden, zu behalten, insbesondere insofern sie « es somit ermöglichen, dass für die laufenden Anstellungen für das Jahr 2016-2017 die Lehrkräfte des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens, die Inhaber eines Diploms eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (AESS – ‘ agrégé de l’enseignement secondaire supérieur ’) in der Abteilung Leibeserziehung sind, und die Lehrkräfte des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens, die Inhaber eines Diploms eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (AESI – ‘ agrégé de l’enseignement secondaire inférieur ’) in der Abteilung Leibeserziehung sind, für die Zuweisung der allgemeinbildenden Fächer der Leibeserziehung in der Oberstufe des Sekundarunterrichts weiterhin gleich behandelt werden ».

B.4. Aus dem dem vorliegenden Richter unterbreiteten Sachverhalt und der Formulierung der Vorabentscheidungsfragen geht hervor, dass der Gerichtshof gebeten wird, über die Übergangsregelung, die von Artikel 288 des Dekrets vom 11. April 2014 vorgesehen ist, zu befinden, insofern sie auf die in Artikel 285 Nr. 3 desselben Dekrets erwähnten Personalmitglieder für die Zuweisung der allgemeinbildenden Fächer der Leibeserziehung in der Oberstufe des Sekundarunterrichts anwendbar ist.

Der Gerichtshof begrenzt seine Prüfung auf diese Situation.

B.5.1. In ihrem Erwidierungsschriftsatz informiert die klagende Partei vor dem vorlegenden Richter den Gerichtshof, dass sie für einen vollen Stundenplan ernannt wurde, was sich auf ihr Interesse an den vor dem Staatsrat anhängigen Klagen auswirken könnte.

B.5.2. In der Regel obliegt es dem vorlegenden Richter zu beurteilen, ob die Antwort auf die Vorabentscheidungsfrage zur Lösung des Streitfalls sachdienlich ist. Nur wenn dies eindeutig nicht der Fall ist, kann der Gerichtshof beschließen, dass die Frage keiner Antwort bedarf.

B.5.3. Im vorliegenden Fall kann aus dem von der klagenden Partei vor dem vorlegenden Richter angesprochenen neuen Umstand und der eventuellen Auswirkung auf das Interesse an den vor dem vorlegenden Richter anhängigen Klagen nicht geschlossen werden, dass die Antwort auf die gestellten Vorabentscheidungsfragen der Lösung des Streitfalls offensichtlich nicht mehr dienlich ist.

B.6.1. Artikel 24 § 1 des Dekrets vom 6. Juni 1994 bestimmt:

« Pour toute désignation en qualité de membre du personnel temporaire, dans une fonction pour laquelle il possède le titre de capacité prévu à l'article 2, est prioritaire dans un pouvoir organisateur et entre dans un classement au sein de ce pouvoir organisateur, le membre du personnel qui peut faire valoir 360 jours de service effectivement accomplis dans une fonction de la catégorie en cause en fonction principale auprès de ce pouvoir organisateur et répartis sur deux années scolaires au moins et acquis au cours des cinq dernières années scolaires.

[...]

Les désignations se font dans le respect du classement.

Celui-ci est établi sur la base du nombre de jours d'ancienneté de service calculé conformément à l'article 34.

[...] ».

Mit dieser Bestimmung wird eine Regelung der vorrangigen Anstellung von zeitweiligen Personalmitglieder, die über die erforderlichen Befähigungsnachweise oder die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise für die Ausübung des Amtes verfügen und die eine bestimmte Anzahl an Tagen des allgemeinen Dienstalters bei diesem Organisationsträger geltend machen können, auf der Grundlage einer Einstufung bei einem Organisationsträger eingeführt.

B.6.2.1. Artikel 6 § 1 des königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 « über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird » (nachstehend: königlicher Erlass vom 30. Juli 1975) bestimmte vor seiner Aufhebung mit Wirkung zum 1. September 2016 durch Artikel 116 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 30. Juni 2016 « zur Anwendung des Dekrets vom 11. April 2014 zur Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter in dem von der Französischen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Grundschul- und Sekundarschulwesen auf Primarschullehrer und Lehrer für Religion und zur Festlegung verschiedener Maßnahmen im Bereich der Befähigungsnachweise und Ämter » (nachstehend: Dekret vom 30. Juni 2016):

« Sans préjudice des dispositions prises en exécution de l'article 22 de la loi du 11 juillet 1973, prérappelée :

1° Un pouvoir organisateur qui procède au recrutement pour une fonction déterminée d'un porteur d'un titre jugé suffisant du groupe B, n'obtient la subvention-traitement pour ce membre du personnel que :

a) s'il atteste avoir offert les prestations que comporte l'emploi dans la fonction en cause à tous les membres du personnel de l'établissement concerné, porteurs :

- soit des titres requis,
- soit des titres jugés suffisants du groupe A;
- soit encore des titres jugés suffisants, conformément aux articles 3, 5 et 6 de l'arrêté royal du 14 avril 1964 déterminant les modalités de fixation des subventions-traitements aux membres du personnel des établissements officiels subventionnés d'enseignement moyen et normal, porteurs de titres de capacité jugés suffisants, pour ladite fonction et exerçant dans l'enseignement de plein exercice une fonction principale à prestations incomplètes;

b) s'il atteste en outre avoir été dans l'impossibilité de recruter un porteur du titre requis ou un porteur d'un titre jugé suffisant du groupe A ou encore un porteur d'un des titres jugés suffisants conformément aux articles 3, 5 et 6 de l'arrêté royal du 14 avril 1964 prérappelé.

Cette impossibilité doit se comprendre aussi dans le respect du caractère de l'enseignement dispensé dans l'établissement que ce pouvoir organise.

c) et si le Ministre prend une décision favorable sur avis, selon le cas, de la commission créée en vertu des dispositions du § 3 du présent article ou des services du Gouvernement.

Les attestations visées ci-dessus sont établies suivant le modèle annexé au présent arrêté et doivent être envoyées, par lettre recommandée, à la Direction générale qui assume la gestion

du dossier du membre du personnel intéressé, au plus tard le 30me jour après l'entrée en fonction de celui-ci ».

Aufgrund von Artikel 11 Buchstabe A Nr. 3 des königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 vor seiner Aufhebung mit Wirkung zum 1. September 2016 durch Artikel 228 Buchstabe a) des Dekrets vom 11. April 2014 stellte das AESI-Diplom in Leibeserziehung einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A für den Zugang zum Amtes des Lehrers für Fachkurse (Leibeserziehung, Spiele und Sport, ergänzende erzieherische Aktivitäten) in der Oberstufe des Sekundarunterrichts dar.

B.6.2.2. Aus den Artikeln 6 und 11 des königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 ergibt sich, dass die Inhaber eines AESI-Diploms in Leibeserziehung über einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A verfügten, der es ihnen erlaubte, das allgemeine Dienstalder für die Einstufung in der Eigenschaft als das in Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 erwähnte vorrangige zeitweilige Personalmitglied im Hinblick auf eine Anstellung als Lehrer für Leibeserziehung in den Unterrichtsanstalten der Oberstufe des Sekundarunterrichts des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens zu erlangen.

B.6.3.1. Wie in B.2.1 erwähnt, wird durch das Dekret vom 11. April 2014 eine große für die verschiedenen Unterrichtsnetze einheitliche Reform der Befähigungsnachweise und Ämter vorgenommen, die insbesondere den Vorrang der erforderlichen Befähigungsnachweise vor den ausreichenden Befähigungsnachweisen gewährleistet.

In der Begründung wurde angeführt:

« Chaque niveau d'enseignement (maternel, primaire, DI et DS) est marqué par des titres de capacité dont la composante pédagogique est sinon spécifique à ce niveau, celle(s) qui est (sont) le plus fréquemment reconnue(s) comme adéquate(s). Ainsi au niveau :

[...]

- secondaire supérieur, les composantes pédagogiques considérées comme adéquates sont d'une part l'AESS et d'autre part le CAP pour les titres de capacité dont la composante 'compétence disciplinaire' n'ouvre pas l'accès à l'agrégation » (*Parl. Dok.*, Parlement der Französischen Gemeinschaft, 2013-2014, Nr. 632/1, S. 12).

B.6.3.2. Was das Amt des Lehrers für Leibeserziehung in der Oberstufe des Sekundarunterrichts betrifft, wird durch Artikel 228 des Dekrets vom 11. April 2014 zum

1. September 2016 Artikel 11 Buchstabe A Nr. 3 des königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 aufgehoben. Außerdem geht aus den Anlagen des Erlasses der Regierung der Französischen Gemeinschaft vom 5. Juni 2014 « über die Ämter, Befähigungsnachweise und Tabellen zur Ausführung der Artikel 7, 16, 50 und 263 des Dekrets vom 11. April 2014 zur Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter in dem von der Französischen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Grundschul- und Sekundarschulwesen » (nachstehend: Erlass vom 5. Juni 2014) hervor, dass die Fächer der Leibeserziehung allgemeinbildende Fächer geworden sind, für die in der Oberstufe des Sekundarunterrichts der erforderliche Befähigungsnachweis das AESS-Diplom in Leibeserziehung ist.

Aus dieser Reform ergibt sich, dass das AESI-Diplom in Leibeserziehung keinen als ausreichend erachteten Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers in Leibeserziehung in der Oberstufe des Sekundarunterrichts mehr darstellt.

B.6.4. Die fraglichen Bestimmungen führen jedoch eine Übergangsregelung ein, die « das Ausmaß der Reform und ihre zahlreichen Auswirkungen » berücksichtigt, um die erworbenen Rechte der betroffenen Personalmitglieder zu wahren.

In der Begründung ist die Logik dieser Übergangsregelung wie folgt erläutert:

« Compte tenu de l'ampleur de la réforme et de ses multiples ramifications, ce chapitre a nécessité un ' screening ' précis de nombreux décrets et arrêtés.

Sans entrer dans le détail de toutes ces mesures, cet exposé des motifs est une opportunité de mettre en évidence la logique qui a prévalu dans l'important chapitre relatif aux dispositions transitoires applicables aux membres des personnels en place au moment de l'entrée en application de la réforme.

Les mesures transitoires vont aussi loin que possible dans le respect du principe ' on ne change pas les règles en cours de jeu '. On a donc non seulement voulu maintenir l'intégralité des droits des personnes nommées ou engagées à titre définitif, mais également tenir compte, autant que possible, des perspectives qui s'ouvraient aux enseignants au moment de leur engagement ou de leur recrutement.

Les membres du personnel concernés par les mesures transitoires peuvent être répertoriés en quatre catégories :

- Les MDP nommés ou engagés à titre définitif (TR, TSA, TSB ou autre TP (art 20, etc...)) à concurrence d'une charge partielle ou complète. Les droits liés à leur nomination seront maintenus;

- Les MDP désignés ou engagés, à concurrence d'une charge partielle ou complète, en qualité de temporaires prioritaires/protégés ou temporaires non prioritaires comptant une certaine ancienneté. L'ancienneté acquise sera maintenue et les possibilités d'être nommés seront maintenues aux conditions précédant la réforme;

- Les MDP temporaires non prioritaires/protégés ne répondant pas aux conditions d'ancienneté. Ils feront l'objet d'un nouvel engagement et ne pourront être nommés que dans les conditions en vigueur après la réforme;

- Les MDP dont la situation devra être examinée par la CITICAP car non couverts par les mesures transitoires » (*Parl. Dok.*, Parlement der Französischen Gemeinschaft, 2013-2014, Nr. 632/1, S. 15).

In Bezug auf den fraglichen Artikel 285 des Dekrets vom 11. April 2014 heißt es in der Begründung:

« Cet article définit le champ d'application *rationne personae* des mesures transitoires 'étendues' en ce qui concerne les membres du personnel temporaire.

Par mesures transitoires 'étendue[s]', on entend la possibilité pour le membre du personnel visé d'être nommé ou engagé à titre définitif selon les règles statutaires prévalant avant l'entrée en vigueur du présent décret et la possibilité de conserver la rémunération attachée à la fonction antérieure au présent décret si celle-ci est plus élevée.

Ce champ d'application porte sur les membres du personnel temporaires prioritaires et protégés au sens des différents statuts applicables aux membres du personnel de l'enseignement.

Dans l'enseignement subventionné, on vise également les membres du personnel temporaires non prioritaires disposant d'un titre requis ou d'un titre suffisant A à la veille de l'entrée en vigueur du présent décret et d'une ancienneté de fonction de 315 jours sur minimum 2 années scolaires, acquises dans les 5 dernières années scolaires. » (ebenda, S. 43).

In Bezug auf den fraglichen Artikel 288 des Dekrets vom 11. April 2014 heißt es in der Begründung, dass sich dieser Artikel « auf den Inhalt von 'ausgeweiteten' Übergangsmaßnahmen bezieh[t] » (ebenda, S. 43):

« Les membres du personnel entrant dans le champ d'application de ces mesures transitoires étendues peuvent :

- récupérer l'ancienneté acquise dans les fonctions existant antérieurement à l'entrée en vigueur du présent décret selon les règles définies à la section 2,

- être nommés ou engagés à titre définitif, et partant, d'être désignés en qualité de temporaires prioritaires ou protégés, selon les règles applicables avant l'entrée en vigueur du présent décret » (ebenda).

B.7.1. Nach den fraglichen Bestimmungen behalten die vorrangigen zeitweiligen Personalmitgliedern im Sinne von Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994, die am Tag vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 über einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder über einen ausreichenden Befähigungsnachweis A verfügen, die Möglichkeit, unter den vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 geltenden statutarischen Bedingungen ernannt zu werden, endgültig eingestellt zu werden sowie in der Eigenschaft als vorrangiges oder geschütztes zeitweiliges Personalmitglied angestellt zu werden.

B.7.2. Der Gerichtshof muss prüfen, ob die fraglichen Bestimmungen, indem sie die am Tag vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 am 1. September 2016 erworbenen Rechte der in Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 erwähnten vorrangigen zeitweiligen Mitglieder mit einem bestimmten Dienstalter beibehalten und indem sie es so ermöglichen, dass die Lehrkräfte, die Inhaber eines AESI-Diploms in Leibeserziehung für eine Anstellung im Amt des Lehrers für Leibeserziehung in der Oberstufe des Sekundarunterrichts weiterhin gleich behandelt werden, mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung vereinbar sind.

B.8. Es obliegt grundsätzlich dem Gesetzgeber, wenn er beschließt, eine neue Regelung einzuführen, zu beurteilen, ob es notwendig oder sachdienlich ist, diese mit Übergangsmaßnahmen zu versehen. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung wird nur verletzt, wenn die Übergangsregelung oder ihr Fehlen zu einem nicht vernünftig zu rechtfertigenden Behandlungsunterschied führt oder wenn der Grundsatz des berechtigten Vertrauens übermäßig beeinträchtigt wird.

B.9.1. Die in den fraglichen Bestimmungen enthaltene Übergangsmaßnahme ist allgemeiner Beschaffenheit und beruht auf einem objektiven Kriterium, nämlich dem Umstand, den Status eines vorrangigen zeitweiligen Personalmitglieds im Sinne von Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994, das am Tag vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 über einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder über einen ausreichenden Befähigungsnachweis A verfügt, zu haben.

B.9.2. Wie in B.6.3 erwähnt, wird durch das Dekret vom 11. April 2014 eine umfangreiche Reform der Befähigungsnachweise und Ämter im Unterrichtswesen vorgenommen. In Ausführung dieses Dekrets sind die Fächer der Leibeserziehung zu allgemeinbildenden Fächern geworden, für die in der Oberstufe des Sekundarunterrichts der erforderliche Befähigungsnachweis das AESS-Diplom ist.

Aus den in B.6.4 zitierten Vorarbeiten geht hervor, dass die fraglichen Bestimmungen Bestandteil einer Reihe von Übergangsmaßnahmen sind, mit denen der Grundsatz, dass « man nicht die Spielregeln während des Spiels ändert » eingehalten werden soll. Die fraglichen Bestimmungen zielen somit darauf ab, die zum 31. August 2016, das heißt dem Tag vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014, von den in Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 erwähnten vorrangigen zeitweiligen Personalmitgliedern erworbenen Rechte aufrechtzuerhalten. Ein solches Ziel, die erworbenen Rechte und berechtigten Erwartungen der betroffenen Lehrkräfte zu wahren, ist legitim, da diese auf der Grundlage der vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 geltenden Bestimmungen mit einer Ernennung in ein Amt, für das sie über einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A zu dem Zeitpunkt verfügten, zu dem sie bei einem Organisationsträger ein allgemeines Dienstalter erreichten, das es ihnen ermöglichte, den Status und die Einstufung zu erhalten, die in Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 erwähnt sind, rechnen konnten.

In Anbetracht des Ausmaßes der Reform, die durch das Dekret vom 11. April 2014 vorgenommen wurde, und des Umstands, dass der Status des in Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 erwähnten vorrangigen zeitweiligen Personalmitglieds ein bestimmtes allgemeines Dienstalter erfordert, ist es vernünftig gerechtfertigt, die erworbenen Rechte dieser Lehrkräfte zu wahren.

B.9.3. Schließlich beeinträchtigt eine solche Maßnahme nicht in unverhältnismäßiger Weise die berechtigten Erwartungen der Lehrkräfte, die Inhaber eines AESS-Diploms in Leibeserziehung sind. Die fraglichen Bestimmungen beschränken sich nämlich darauf, übergangsweise die vor der Reform durch das Dekret vom 11. April 2014 bestehende Regelung aufrechtzuerhalten, in deren Rahmen die Lehrkräfte, die Inhaber eines AESS-Diploms in Leibeserziehung sind, wussten, dass sie bezüglich des Erwerbs eines allgemeinen Dienstalters, das es ihnen ermöglichte, den Status und die Einstufung, die in Artikel 24 des Dekrets vom 6. Juni 1994 erwähnt sind, im Hinblick auf eine Anstellung als Lehrer für Leibeserziehung in

den Unterrichtsanstalten der Oberstufe des Sekundarunterrichts zu erlangen, gleich behandelt wurden wie die Lehrkräfte, die Inhaber eines AESI-Diploms in Leibeserziehung sind. Diese Lehrkräfte, die Inhaber eines AESS-Diploms in Leibeserziehung sind, konnten also vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 11. April 2014 nicht damit rechnen, gegenüber den besser eingestuften vorrangigen zeitweiligen Lehrkräften, die Inhaber eines AESI-Diploms in Leibeserziehung sind, vorrangig ernannt zu werden.

B.10. Die Vorabentscheidungsfragen sind verneinend zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

Die Artikel 285 Nr. 3 und 288 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 11. April 2014 « zur Regelung der Befähigungsnachweise und Ämter in dem von der Französischen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Grundschul- und Sekundarschulwesen » verstoßen nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 24. September 2020.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) F. Daoût